

Bern, 27.Juni 2011  
Medienmitteilung  
\*\*\*\*\*

## «Wenn die Abschottung versagt»

**Im Kanton St.Gallen klagt Regierungsrätin Karin Keller-Sutter über «massive Probleme» mit nordafrikanischen MigrantInnen. In Chiasso wird die Verlegung des örtlichen Empfangszentrums beantragt. Im Kanton Bern reaktiviert Regierungsrat Käser, auch bekannt als «Mr. Internierungslager» in Zusammenarbeit mit dem BFM ausrangierte Militäranlagen, um Menschen aus Nordafrika abgelegen unterzubringen. Es ist die hausgemachte Krise einer langjährigen rechtspolitischen Migrationspolitik, deren Verfechter aktuell im Umgang mit den MigrantInnen aus Nordafrika kläglich scheitern.**

Es ist die Quittung für die hausgemachten Probleme, welche die Schweizer Behörden dieser Tage für ihre jahrelange Politik der Abschottung und des Abbaus im Asyl- und Migrationsbereich erhalten. Sukzessive wurden in den letzten Jahren die Strukturen im Asylbereich abgebaut. Sukzessive wurden sowohl das Asyl- wie auch das Ausländerrecht permanent verschärft. Und im selben Atemzug wurden dadurch für MigrantInnen ausserhalb des EU/EFTA-Raumes sämtliche Möglichkeiten ausgehebelt, auf irgendeinem legalen Weg in die Schweiz zu gelangen. Unlängst wurde ihnen durch das Heiratsverbot auch die letzte Option genommen. Nun hat sich Nordafrika von seinen diktatorischen Fesseln befreit. Und die Leute migrieren. Zu Recht. Dabei zeigt sich nun, dass die gegebenen Schweizer Strukturen völlig unzureichend sind, um der Migration zu begegnen.

Es ist absolut zwingend und unumstösslich, dass jede Person, welche aus dem nordafrikanischen Raum einen Asylantrag in der Schweiz stellt, angehört werden muss. Dies darum, weil wir nicht aus der Distanz beurteilen können, wie dies Frau Keller-Sutter tut, dass alle diese MigrantInnen Wirtschaftsflüchtlinge sind. Viele von ihnen haben legitime Fluchtgründe, andere aber sind, wie dies die WOZ vor Wochen bereits richtig beurteilt hat, Glücksritter, ArbeitsmigrantInnen und hoffnungsvolle, gut ausgebildete junge Männer mit Potential. Diese MigrantInnen auf Grund fehlender Konzepte und Strukturen in die Asylmaschinerie zu zwingen und in Internierungslager zu verfrachten, ist ein schlechter Witz. Diese Menschen möchten kein Asyl, sondern sie möchten Selbstbestimmung. Sie möchten und verdienen die Gewährleistung ihres Rechtes auf Bewegungsfreiheit, welches wir für uns alle in der Schweiz wie selbstverständlich in Anspruch nehmen.

Die aktuell beschriebenen Probleme mit «renitenten» nordafrikanischen MigrantInnen in Schweizer Durchgangszentren kennen wir aus früheren Beschreibungen anderer Gruppen. Die Krux liegt deshalb im Lösungsansatz für das «Problem»: Diese Leute haben häufig Verwandte oder Bekannte, bereits bestehende soziale Strukturen – in der Schweiz oder einem anderen Land in Europa. Sie sind gut ausgebildet. Sie sprechen mehrere Sprachen. Sie haben Pläne und Konzepte. Sie könnten häufig für sich selber sorgen – wenn wir sie liessen. Wie wir dies tun könnten? Mit einem einfach und grosszügig ausgestalteten Zulassungsverfahren. Geben wir ihnen ein Schengen-Visa! Damit sie sich frei bewegen und für sich selber sorgen können!

Solidarité sans frontières | [www.sosf.ch](http://www.sosf.ch)

Für Auskünfte:

Moreno Casasola | Generalsekretär Solidarité sans frontières | 0786127517